

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Auer Tageblattes
für das Erzgebirge
— erscheint wöchentlich
— Preis 10 Pfennig

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Auer Tageblattes
für das Erzgebirge
— erscheint wöchentlich
— Preis 10 Pfennig

Kablenpreis: Einmalig 100 Pfennig. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 51

Dienstag, den 1. März 1932

27. Jahrgang

Der Wahlkampf beginnt

Die christlichen Gewerkschaften für die Wiederwahl Hindenburgs

Berlin, 27. Februar. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: Der 13. März ist für das deutsche Volk ein Tag der Entscheidung. Kräfte des Aufruhrs, Kräfte der sozialfeindlichen Reaktion wollen die Beseitigung des Volkshaates, Zerstörung der sozialen Entwicklung, Vernichtung der Gewerkschaften. Ein deutscher Mann steht diesem Zerstörungswillen entgegen. Hindenburg hat sich für das Volk entschieden. Er entschied aus dem Bewußtsein um das Lebensrecht aller Schichten und Stände. Seine Entscheidung ist das moralische Todesurteil für alle Häßlichkeit der Wrause, für alle Minderwertigkeit der Geste, für allen gefährlichen Willen der tabulalen Elemente. Die christliche Arbeiterkraft ehrt und liebt den Mann echt christlicher Pflichterfüllung und siegreicher Treue in Hindenburg, der in der Stunde der Gefahr jede parteipolitische Gebundenheit von sich wies, um in schlichter Treue der Rettung des Volkes zu dienen bis zum letzten Atemzug. Jeder christliche Arbeiter wird mit allen Gleichgesinnten des Volkes am 13. März an der Wahlurne Hindenburg seinen Pant sagen.

Aufruf des Christlichen Volksdienstes zur Wiederwahl Hindenburgs

Berlin, 27. Februar. Die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes erläßt zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg (den Stürmer von Röniggen, den Sieger von Lannenberg, den Héros des Weltkrieges) einen Aufruf, in dem zu erneuter Gefolgschaft und zum Bekenntnis unwandelbarer deutscher Treue aufgefordert wird. Wer Hindenburg zum Präsidenten des Deutschen Reiches wählt, heißt es in dem Aufruf, „müßte wissen, daß dieser aufrichtige, wahrhaftige deutsche Mann christlich-reformatorischer Prägung zu seinem Elbe stehen würde. Seine Wähler müssen wissen, daß sein Dienst an der Nation nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Möglichkeiten geleistet werden konnte. Unser Wunsch ist es immer gewesen, bis selbstausschöpfend zu einer umfassenden Volksgemeinschaft werden zu lassen. Nur die Person Hindenburgs vermag diese Volksgemeinschaft zu sammeln, weil er in wahrhaft überparteilicher Größe nur den deutschen Menschen sieht.“ Der Aufruf schließt: „Treue gegen Hindenburg ist Treue gegen Vaterland! Wenn wir uns nur selbst treu bleiben, dann fragen wir nicht nach rechts, links oder Mitte. Wer Hindenburg wählt, der wird von uns geachtet, wo er auch steht. Und nicht nur der Feldmarschall, auch der Reichspräsident darf unserer Treue gewiß sein.“

Deutscher Frauen-Ausschuß für Hindenburg

Berlin, 27. Februar. Laut Mitteilungen des Hindenburg-Ausschusses hat sich in Berlin ein deutscher Frauenausschuß gebildet, der mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit tritt, in dem die deutschen Frauen aufgefordert werden, bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März Hindenburg ihre Stimme zu geben. Diesem Aufruf haben sich Frauen auch im ganzen Reich angegeschlossen.

Auftakt zur Reichspräsidentenwahl

Bestreite politische Zwischenfälle

Berlin, 28. Februar. Zu der in 14 Tagen stattfindenden Reichspräsidentenwahl haben schon heute die verschiedenen politischen Parteien mit der Wahlpropaganda begonnen. In erster Linie waren es die radikalen Parteien, die schon in den frühen Morgenstunden mit der Hof- und Straßenpropaganda begannen. Hierbei ist es dann in verschiedenen Stadtteilen zu mehr oder minder schweren Zwischenfällen gekommen. So gerieten Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleute in Pankow in eine Schlägerei, bei der 30 Personen von der Polizei zwangsgewaltigt wurden. In der Invalidenstraße mußte die Polizei bei einer Schlägerei zwischen den gleichen Gruppen mit dem Polizeiknüppel vorgehen. Hier wurden 27 Personen der Abteilung I zugeführt, während fünf Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist der Rettungswache zugeleitet wurden. Zu einem Überfall von Nationalsozialisten auf Reichsbannerleute kam es mittags in der Seestraße, wobei von zwei verletzten Reichsbannerleuten einer ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Acht Nationalsozialisten die in die Schlägerei verwickelt waren, mußten den Weg zum Alexanderplatz antreten. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Reinickendorf-Ost nahm die Polizei 17 Einkerkerungen vor. Bei der Hofpropa-

ganda wurde dann noch in der Gosenstraße ein Nationalsozialist von Kommunisten überfallen und durch Fußtritte an Kopf und Unterleib so schwer verletzt, daß die Polizei die Ueberführung ins Krankenhaus anordnen mußte. Bis zum Spätnachmittag waren insgesamt 120 Personen dem Polizeipräsidium zugeführt worden, von denen rund 50 nach Feststellung der Personalien entlassen wurden.

Der Kaffhäuserbund zur Präsidentschaftswahl

Berlin, 27. Februar. Die Pressestelle des Kaffhäuserbundes teilt mit: Die am Tage der Präsidentschaftserklärung Hindenburgs veröffentlichte Rundgebung des ersten Präsidenten, General a. D. von Horn, ist durch den einseitigen Parteikampf in wesentlichen Punkten für agitatorische Zwecke ausgenutzt worden. Selbst auf die Gefahr hin, daß der über den politischen Parteien stehende Kaffhäuser-Bund durch den Tageskampf um politische Meinungen in Mitleidenschaft gezogen würde, durfte die Bundesführung sich nicht davon abhalten lassen, die Gewissenfrage des Reichspräsidenten, der bekanntlich Ehrenpräsident des Kaffhäuser-Bundes ist, mit reinem soldatischen und vaterländischem Treueempfinden zu beantworten. Diese freie Antwort, nicht diktiert von Parteien, Ausschüssen oder politischen Machtstichtungen, steht für die Organisation unverrückbar fest. Das hindert aber nicht, auch besonders zu betonen, daß die Rundgebung neben der Mahnung, dem Ehrenpräsidenten Vertrauen und Treue zu bewahren, ausdrücklich festlegt, daß jedes einzelne Mitglied sich selbst bei der Reichspräsidentenwahl zu entscheiden hat.

Dingeldey über die Haltung der Deutschen Volkspartei zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 28. Februar. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der der Parteiführer Dr. Dingeldey Bericht über die politische Lage erstattete. Die nächste Aufgabe der deutschen Politik, betonte der Redner, die die besondere Förderung und Unterstützung durch die Deutsche Volkspartei verlange, sei die Durchsetzung der Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten. Das politische Ziel des veränderten Kurses, das vom nationalen Deutschland verkündet wird, müsse erreicht werden durch Kampf im Parlament, nicht aber durch Druck der Parteien auf das Reichsoberhaupt. Die Haltung der Deutschen Volkspartei zeige, daß man mit guten Gründen und mit aller Entschiedenheit gegen das Kabinett Brüning stehen und doch für die Wiederwahl Hindenburgs mit aller Hingabe und Entschiedenheit eintreten könne. Die Deutsche Volkspartei sei für ein loyales Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen und anderen bürgerlichen Parteien gegen die verderblichen Ziele und Erscheinungen unserer Lage. Sie werde aber nicht bereit sein, die weiße Fahne der Kapitulation aufzugeben. Wo hinter dem Rücken der Parteileitung versucht worden sei, die eigene Organisation in ein anderes Lager hineinzuführen, werde sie hart entschlossen sein, alle Maßnahmen dagegen rücksichtslos zu treffen. Das Ausschleiden der Herren Dr. Curtius und von Karborff aus der Fraktion sei nach Lage der Dinge unvermeidlich. Die Fraktion bleibe den Herren für ihre Verdienste aufrichtig dankbar. Ihr Ausschleiden hinterlasse keine persönliche Bitterkeit. — Der Reichsausschuß faßte danach einstimmig eine Entschließung, in der es heißt: „Wer ohne Wissen und Auftrag der Parteileitung über den Zusammenschluß von Organisationen der Deutschen Volkspartei mit anderen Parteien verhandelt oder gar dazu auffordert, stellt sich dadurch außerhalb des Rahmens der Partei.“ — Der weitere Inhalt der Beratungen galt den Vorbereitungen der Hindenburg-Wahl, für die ein besonderer Aufruf des Reichsausschusses und des Parteivorstandes beschlossen wurde.

Hitler an den Reichspräsidenten

Berlin, 28. Februar. Adolf Hitler hat an den Reichspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er zunächst auf zwei Stellen des Wahlauftrages der Sozialdemokratischen Partei vom 27. Februar verweist, in denen eine etwaige Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten gleichgesetzt wird mit Chaos in Deutschland und ganz Europa und Vernichtung aller staatsbürgerlicher Freiheiten, der Presse usw. Hierzu schreibt Hitler: Ich weiß den Versuch, mit diesen Methoden das Ausland gegen die freie politische Meinungsäußerung der deutschen Nation unter Wegnahme auf Ihren Namen maß zu machen zu wollen, anzusehen zu können. Ich habe

in meinen Äußerungen Ausländern gegenüber nie unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede bisherige deutsche Regierung von wahrhafter und aufrichtiger Friedensliebe befeelt gewesen ist. Versuche, eine unbehagliche deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruhestifterin hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Herabbeziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise abzuwehren wissen. Hitler verweist dann darauf, daß der preussische Innenminister Seevering den preussischen Ober- und Regierungspräsidenten und anderen preussischen höheren Beamten die Nationalsozialistische Partei als staatsfeindlich hingestellt haben soll und erklärt, daß er in diesem Vorgehen einen unzulässigen Versuch auf die preussische Verwaltung sehen, ihren Einfluß in einem die Wahl für die Nationalsozialistische Partei ungünstigen Sinne geltend zu machen. Unter Beziehung auf den Wunsch des Reichspräsidenten, daß dieser Wahlkampf in ritterlicher Weise geführt werde, betont Hitler, daß Reichsinnenminister General Groener in einer amtlichen Erklärung dem Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels eine sinnentstellte Äußerung zugeschrieben habe, die nach dem amtlichen Reichstagsprotokoll nicht gefallen sei, und daß der Reichsinnenminister trotz erfolgter Aufklärung seinen schweren Vorwurf nicht zurückgezogen habe. Vielmehr sei die Nationalsozialistische Partei gezwungen worden, die objektive Unrichtigkeit vom Innenministerium verbreitete Mißbeurteilung dieser Stelle in ihrer eigenen Presse zum Ausdruck zu bringen. Hitler kommt dann auf die Äußerung zu sprechen, es sei österreichischer Defektor gewesen und hätte deshalb seine Staatsangehörigkeit verloren. Er verweist darauf, daß er schon im Februar 1914 überhaupt keine österreichische Wehrverpflichtung mehr gehabt habe und mithin aus freiem Willen und nur aus nationaler Begeisterung bei Kriegsausbruch in die deutsche Armee eingetreten sei, in der er dann über fünfzehn Jahre zu dienen die Ehre hatte. Der Brief schließt mit einem Appell an den Reichspräsidenten, in diesem Kampfe die Prinzipien der Ritterlichkeit wiederherzustellen.

Finanzminister Dietrich zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 28. Februar. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hielt heute mittag auf einer öffentlichen Rundgebung der Deutschen Staatspartei eine Ansprache, in der er betonte, daß der 13. März ein Schicksalstag für das deutsche Volk werde. Der ehrwürdige, charaktervolle, in Deutschland und draußen hoch geachtete Reichspräsident von Hindenburg soll, führte der Minister weiter aus, befeitigt werden, weil er seinen Eid gehalten, die Verfassung geschützt hat und man ihm deshalb vorwirft, er habe das System von 9. November verteidigt. Der Minister wies in eindringlichen Ausführungen darauf hin, daß die heutigen Schwierigkeiten nicht im System begründet seien; sondern auf der Tatsache des verlorenen Krieges beruhten, dessen Auswirkungen in der ganzen Welt noch unübersehbar sind.

Der Ruf nach dem Systemwechsel kann höchstens bedeuten Inflation, Arbeitszwang, Streit um Dinge, die wie die Reparationen auf dem Wege der Erledigung sind. Wehe dem Volk, das dem Überglauben erliegt, daß es nur auf die Regierung ankomme, und daß vergift, daß nur ein schickiges Volk mit dem Willen vorwärtskommen, bestehen kann. Hindenburg, schloß der Minister, ist das Symbol der deutschen Einheit. Als das deutsche Schiff 1918 unterzugehen drohte, blieb er auf der Kommandobrücke, bis er auch jetzt nicht verlassen soll und will.

Es ist Gefahr im Verzuge für unser Volk und Vaterland; deshalb müssen wir hinwegsehen über alle Gegensätze, die Gefahren scharf erkennen, den Überglauben an die Allmacht des Staates verwerfen und das Volk muß sich wieder auf sich selbst und auf die Kräfte besinnen, die in ihm ruhen. In dieser Auffassung muß die Wahl am 13. März verstanden werden. Dann werden die Nationalsozialisten geschlagen werden und Hindenburg wied liegen.

Entschließung der vaterländischen Verbände

Berlin, 28. Februar. Der Gesamtvorstand der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands nahm zur Reichspräsidentenwahl am 27. Februar 1932 folgende Entschließung an:

„Die politische Gesamtlage Deutschlands hat in den letzten Jahren in gefährlicher Weise verschlechtert. Das heutige System hat sich als völlig un-